

die Grundlage der parlamentarischen Demokratie dar, die soziale Ungleichheit andererseits die Grundlage, die dem Kapitalismus und seinem Produktionsverhältnis innewohnt (Przeworski 2020: 28). Der »bürgerliche Widerspruch« (Röhrich 1979: 14) privatkapitalistisch organisierter Gesellschaften besteht darin, dass zwar das demokratische Prinzip und der politische Willensbildungsprozess auf immer breitere Schichten ausgedehnt wurde, dabei allerdings auf den staatlichen Bereich beschränkt blieb, während die sozial-ökonomischen Strukturen und Prozesse der privaten Verfügungsgewalt und -weise der Eigentümer ohne demokratische Beteiligung überlassen sind (ebd.). Privateigentümer\_innen der Produktionsmittel steuern damit den Wirtschaftsprozess und die gesellschaftliche Entwicklung und haben durch die Abhängigkeit des Staates von der Ökonomie indirekt auch Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.

### 3.5 Emanzipation und Mündigkeit als Ziele einer Soziopolitischen Bildung

*»Die Wahrheit der politischen Theorie ist die Freiheit. Daraus ergibt sich ein grundsätzliches Postulat: da keine politische Ordnung die politische Freiheit vollkommen verwirklichen kann, muss die politische Theorie immer kritisch sein.« (Neumann 1986: 102)*

#### 3.5.1 Ein kritischer Subjektbegriff einer Soziopolitischen Bildung

Da es bei der Politischen Bildung um die Lernsubjekte geht, ist die Kategorie des *Subjektes* als Ausgang der Reflexionen über Inhalte und Ziele der Politischen Bildung zentral und bedarf einer Klärung. Der Begriff des Subjektes zeigt bereits etymologisch, dass die Individuen nicht frei und autonom, sondern der Gesellschaft »Unterworfen« (lat. *subiectum*) (Butler 2001: 8),<sup>79</sup> folglich vergesellschaftet sind. Gesellschaftlich unterworfen sind sie neben der sozialisationsbedingten Rollenübernahme (Hurrelmann 2006: 130) durch sich ständig reproduzierende Herrschafts- und Machtverhältnisse, die auf ihre Handlungsmöglichkeiten und -rationalitäten Einfluss nehmen (Popitz 1992: 132ff.). Demnach ist die Kategorie des Subjektes für die Politische Bildung analytisch gehaltvoller als die des *Individuums*, die den Menschen eher als Entität, also einzelnes Seiendes, fasst (Bauer 2013: 28) und damit suggeriert, dass er von gesellschaftlichen und politischen Einflüssen tendenziell frei und autonom sei.<sup>80</sup> Scheer verdeutlicht:

»Subjektivität [ist] nur als soziale Subjektivität sinnvoll zu denken [...], als Fähigkeit zu Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung von Individuen, die gesellschaftlichen

---

Bourgeois (Mitglied der Gesellschaft) ist und damit in der Gesellschaft Abhängigkeitsverhältnisse und soziale Ungleichheit herrschen (2004: 257f.).

79 Für Judith Butler bezeichnet »Subjektivation [...] den Prozess des Unterworfen-werdens durch Macht und zugleich den Prozess der Subjektwerdung. Ins Leben gerufen wird das Subjekt [...] durch eine ursprüngliche Unterwerfung unter die Macht.« (2001: 8) Butler verdeutlicht: »Die Macht *wirkt* nicht nur *auf* ein Subjekt, sondern *bewirkt* im transitiven Sinn auch die Entstehung des Subjekts. Als Bedingung geht die Macht dem Subjekt vorher.« (ebd.: 18)

80 Auch Pierre Bourdieu betont: »Struktur ist im Individuum« (2014: 180), wodurch er die in der Soziologie oft vertretene Position der Dichotomie von Individuum und Struktur zurückweist.

(ökonomischen, politischen, kulturellen, rechtlichen) Zwängen und Einflüssen unterliegen und die ihre Subjektivität nur in sozialen Beziehungen entwickeln können.« (2011: 305)

Für eine Soziopolitische Bildung ist folglich ein machtkritisches Verständnis von Subjektivität und der spezifischen »Subjektivierungsweisen« (Rancière 2002: 47) durch das Politische obligatorisch, denen die Individuen als Subjekte in der Gesellschaft unterliegen (Bauer 2013: 28f.). Bereits die frühe Kritische Theorie warnte in herrschaftskritischer Absicht vor der drohenden »Liquidation des Subjektes« durch die gesellschaftlichen Zwangsmechanismen spätmoderner verwalteter Gesellschaften (Adorno 1973: 31). Auch eine Soziopolitische Bildung analysiert in herrschaftskritischer und emanzipatorischer Absicht, wie gesellschaftliche Dominanzverhältnisse das Subjekt entgegen seinen autonomen Entscheidungen beeinflussen und konstituieren. Die spezifischen Herrschafts- und Dominanzverhältnisse in ihrer freiheitseinschränkende und subjektkonstituierenden Funktion zu erfassen läuft auf *Mündigkeit* und *Emanzipation* als grundlegende Ziele Soziopolitischer Bildung hinaus.

### 3.5.2 Mündigkeit als Ziel einer Soziopolitischen Bildung

Nach mündigen Bürger\_innen wird politisch und medial regelmäßig u. a. nach antisemitischen Anschlägen gerufen. Jedoch wird selten spezifiziert, was unter dem inflationär und zugleich meist unreflektiert gebrauchten Begriff der *Mündigkeit*<sup>81</sup> überhaupt verstanden wird (vgl. Gruschka 2011: 132f.). Begreifen die Institutionen des Bildungswesens »Mündigkeit eher funktional im Sinne von Qualifikationen und Berechtigungen« (Gruschka 1994: 236), gilt für manche politikdidaktische Konzeptionen bereits das Vermeiden von Schulden als Ausweis von Mündigkeit.

Mündigkeit ist jedoch keine Kompetenz, die messbar ist, sondern eine Lebenshaltung sowie eine kritische und unabhängige Art des selbstbestimmten Denkens, die eng mit dem Begriff der *Emanzipation* verknüpft ist. Daher darf sie auch nicht durch eine funktionale Vereinnahmung hinter das Rationalitätsversprechen der Aufklärung zurückfallen (Heydorn 1980: 95). Mündigkeit ist vielmehr als Fähigkeit zur »kritische[n] Distanz gegenüber gesellschaftlichen Zwängen« (Messerschmidt 2007: 48) zu begreifen und hat die grundsätzliche Unabhängigkeit vom Urteil anderer zur Folge. Im kritischen Sinne einer Soziopolitischen Bildung bezeichnet Mündigkeit einerseits Rationalität im Sinne von Vernunft- und Kritikfähigkeit (Kant 2008) gesellschaftlicher und politischer Zustände, andererseits Rationalitätsprüfung und -kritik von Wissenschaft und ihrer Verwendung im Sinne einer *Kritik der instrumentellen Vernunft* (Horkheimer 1967). Diesem kritischen Bildungsverständnis nach zielt Mündigkeit durch die Selbstreflexivität der Vernunft (Adorno 1973: 398) auf die Erkenntnis des eigenen Eingebundenseins in die historisch bedingten sozioökonomischen Verhältnisse. Nicht zuletzt durch Ideologiekritik (vgl. Kap. 3.3.1) richtet sich Mündigkeit auf die Widerständigkeit gegen illegitime

81 Der Begriff der Mündigkeit bezeichnete im antiken römischen Recht das juristische Frei-Werden eines jungen Mannes aus der »Munt« (Vormund) des Vaters. Seit der Aufklärung wird darunter die Selbstbestimmung des Individuums bezeichnet. Zum Begriff der Mündigkeit vgl. Negt 2010: 211.

Autorität,<sup>82</sup> strukturelle Gewalt (Galtung 1982: 29), wie entfremdete gesellschaftliche Verhältnisse (Jaeggi 2005: 40) und damit auf den Abbau repressiver Herrschaftsstrukturen. Mündigkeit bleibt der bildungstheoretische Schlüssel für die Emanzipation der Menschen aus nicht-legitimierten gesellschaftlichen Zwängen.<sup>83</sup> Folglich bedingen sich Mündigkeit und Demokratie.

### 3.5.3 Emanzipation als Ziel einer Soziopolitischen Bildung

Die Moderne wird als Epoche begriffen, die auf Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung ausgerichtet ist und Institutionen hervorgebracht hat, die diese Prinzipien ermöglichen und sichern sollen (vgl. Wagner 1995: 13). Kritischere Deutungen der Moderne konstatieren hingegen ihre Ambivalenz (u.a. Bauman 2003) und zeigen auf, dass »dem Bild der Befreiung durch moderne Institutionen das der Disziplinierung durch eben diese Institutionen gegenüber« stehe (Wagner 1995: 13). Die Moderne sei daher ein »unvollendetes Projekt« (Habermas 1988: 7), weswegen der Begriff der Spätmoderne (Reckwitz 2019) dem der Postmoderne (Lyotard 2005) vorzuziehen ist. An dieses Moderneverständnis anknüpfend begreift eine Soziopolitische Bildung *Emanzipation* als weiterhin unabgeschlossene Aufgabe.

Der Begriff der Emanzipation<sup>84</sup> hatte vor allem Ende der 1960er und in den 1970er Jahren starken Einfluss auf die Ziele der Politischen Bildung und war dem Ziel der gesellschaftlichen Demokratisierung verpflichtet (Salomon 2017a: 215). Werden heute hingegen die Ziele Politischer Bildung betrachtet (vgl. Kap. 2.1), zeigt sich, dass sowohl der Begriff als auch das Ziel der Emanzipation weitestgehend auf der Strecke geblieben sind. Eine Soziopolitische Bildung bezieht sich hingegen weiterhin auf ein Emanzipationsverständnis, das der grundlegenden kantischen Idee der »Freiheit als Autonomie« (Kant 2008: 11) verpflichtet ist (vgl. Wagner 1995: 14). Ihr geht es auf *individueller Ebene* um die weitestgehend mögliche (Selbst-)Befreiung der Subjekte gegenüber heteronomer Fremdsteuerung (Autonomie) sowie auf *gesellschaftlicher Ebene* um die Selbstbestimmung des Gemeinwesens (Demokratie). Dieses dialektische Emanzipationsverständnis kann als Zusammenspiel individueller und gesellschaftlicher Emanzipation begriffen werden (Krüger 1999: 163), das auf den Zugewinn an Freiheit, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Gleichstellung und damit den Abbau von Diskriminierung und strukturell

82 Für Günter Frankenberg stellt »Autorität [...] eine Beziehung zwischen *Machthaber* und *Machtunterworfenen* her. Genauer: sie stellt sich *in* dieser Beziehung her.« (2020: 57)

83 Jedoch bewegt sich Mündigkeit in dem Spannungsverhältnis, wie überhaupt zur Mündigkeit befähigt werden kann, denn die Befähigung setzt zwangsläufig einen Vormund, also Macht, voraus. Joachim Heydorn (1970) und Gernot Koneffke (1969) haben in ihren kritischen Bildungstheorien historisch nachgezeichnet, dass Mündigkeit eben nur in der Abarbeitung am »Widerspruch von Bildung und Herrschaft« (Heydorn 1970) möglich wird.

84 Der Begriff »Emanzipation« stammt vom lateinischen Wort »emancipare« ab, was im römischen Recht die Freilassung des rechtlosen Sohnes oder Sklaven aus der Gewalt des Hausherrn oder -vaters bedeutete. Ab dem 17. und 18. Jahrhundert bezeichnete der Begriff die aktive politische Selbstbefreiung mit dem Ziel der Freiheit und Gleichheit sozialer Gruppen und Akteure. Zum Begriff »Emanzipation« vgl. Graß, Karl Martin/Koselleck, Reinhart: Art. »Emanzipation«, *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, S. 153–198.

verfestigter Ungleichheit und Abhängigkeit abzielt. Es geht um die Ausrichtung der Politischen Bildung auf die Befreiung von Individuen und Gruppen, die u.a. auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, Klassenzugehörigkeit oder Ethnie diskriminiert und von Selbstbestimmung sowie politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden.

### 3.6 Kritische Demokratiebildung als Ziel einer Soziopolitischen Bildung

*»Während sich die Ideologie bemüht, den Zusammenhang zwischen Demokratie und der gesellschaftlichen Teilung zu verbergen, ist dieser gerade in den Mittelpunkt der politischen Reflexion zu stellen.« (Lefort 1990: 34)*

#### 3.6.1 Ein Zeitalter drohender Demokratieentleerung und die Abstinenz Politischer Bildung

Neben dem grundsätzlichen strukturellen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie (spät-)moderner Gesellschaften (vgl. Kap. 3.4.5) konstatieren aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen eine zunehmende Gefährdung der Demokratie der Gesellschaften des Globalen Nordens (Przeworski 2020: 102ff.). Diese laufe auf eine »Entdemokratisierung der Demokratie« (Manow 2020) hinaus und bestehe darin, dass autoritäre Führungen demokratische und die Exekutive kontrollierende Institutionen in ihrer Macht schwächen und den Staat durch die Stärkung der Exekutive autoritär transformieren. Vor allem für Ungarn, Polen, Russland und die Türkei werden diese Entwicklungen registriert (ebd.: 15). Zudem wird durch kritische sozialwissenschaftliche Analysen auch für andere EU-Länder eine zunehmende »Demokratieentleerung« (Heitmeyer 2018: 23) im Sinne des liberal-repräsentativen Typs konstatiert. Diese erfolgt allerdings nicht von innen, sondern von außen durch technokratische und nicht-demokratisch legitimierte Institutionen wie die sogenannte Troika (EZB, Europäische Kommission und IWF). Hierbei wird den Ländern entgegen dem Budgetrecht der nationalen Parlamente Austerität autoritär durch internationale Institutionen vorgeschrieben (vgl. Stütze 2014: 14).<sup>85</sup>

Demokratische Gesellschaften sind historisch betrachtet stets mit entdemokratisierenden Kräften *innerhalb* der Gesellschaft konfrontiert (Przeworski 2020: 51ff). Medial, politisch und in der hegemonialen Politischen Bildung wird diese Gefährdung jedoch zu meist lediglich im Sinne der Extremismustheorie (vgl. Kopke/Rensmann 2000) als von den politischen »radikalen« und »extremistischen« Rändern der politischen Rechten und Linken ausgehend dargestellt.<sup>86</sup> Seit Jahren belegen allerdings ausreichend viele Studien, dass die Demokratie durch vielfältige Entwicklungen gefährdet ist, die über die in

85 Im Zuge der EU-Schuldenkrise votierte die griechische Bevölkerung 2015 in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit gegen die europäische Austeritätspolitik und wählte eine neue Regierung, die dann allerdings gegen ihre erklärte Absicht und demokratische Prinzipien das Austeritätsdiktat der Troika erfüllen musste (Dörre 2019: 22).

86 So u.a. in Detjen u.a. 2019: 160ff.